

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbeauftragte@landtag.
thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines News-
letters.

Der Bezug ist kostenfrei so-
wohl über den Postweg als
auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



www.thueringer-landtag.de

Die Bürgerbeauftragte

Treffen der Bürgerbeauf- tragten in Kiel

Auf Einladung der schleswig-
holsteinischen Bürgerbeauf-
tragten kamen am 23.03.2009
die Bürgerbeauftragten der
Bundesländer im Schleswig-
Holsteinischen Landtag zu-
sammen.

Im Mittelpunkt der Beratun-
gen standen die unterschied-
lichsten Fragen und Probleme
der Leistungsgewährung im
Bereich des SGB II (Hartz IV).
Die anwesenden Ombuds-
leute berichteten überein-
stimmend, dass die Eingaben
und Beschwerden aus diesem
Bereich ihres Aufgabenfeldes
weiterhin sowohl in qualita-
tiver wie auch quantitativer
Hinsicht von herausragender
Bedeutung sind. Die Zahl der
ratsuchenden Bürgerinnen und
Bürger in diesem Bereich ist bei
allen Beauftragten weiterhin
steigend.

Problematisch wird das Schei-
tern der aufgrund des Urteils
des Bundesverfassungsgerich-
tes notwendigen Neuorga-
nisation der Argen und Opti-
onkommunen gesehen. „Die
organisatorischen Fragen und
die sich daraus ergebenden
Probleme dürfen in keinem
Fall auf dem Rücken der Hilfe-
bedürftigen ausgetragen wer-
den“, so die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen, Silvia
Liebaug.

Die Beauftragten hoffen, dass
mit einer soliden und praxis-
tauglichen Organisation die
derzeit drängenden Verwal-
tungsprobleme, z. B. mangelnde
Transparenz der Bescheide,
zu lange Bearbeitungszeiten
oder schlechte Erreichbarkeit
der Mitarbeiter vor Ort, bald
der Vergangenheit angehören
werden.

Übereinstimmend sprachen
sich die Beauftragten für eine
Überprüfung der Regelsätze
für Kinder und Jugendliche
aus. Es sei zwingend notwen-
dig, für Kinder und Jugendliche
aufgrund ihrer besonderen
und spezifischen Lebensbe-
dürfnisse einen eigenen indivi-
duellen Regelsatz zur Existenz-
sicherung zu ermitteln.

Die vollständige Pressemit-
teilung finden Sie unter www.bueb.thueringen.de/aktuelles/pressemitteilungen.de

Der Datenschutzbeauf- tragte

Medienkompetenz und Datenschutz an Thüringer Schulen

Umfangreiche Erfahrungen
des Thüringer Instituts für
Lehrerfortbildung, Lehrplanent-
wicklung und Medien (ThILLM)
und des Thüringer Landes-
beauftragten für den Daten-
schutz (TLfD) haben beide
Einrichtungen zu einer Koop-
eration bewogen, die mit einer
Vielzahl von gemeinsamen
Projekten im Kern ein Ziel ver-
folgt: Die schülerorientierte
Verzahnung von Datenschutz,
Medienkompetenz und Schule,
um die Schüler in die Lage zu
versetzen, mit den neuen Medi-
en kundig und datenschutz-
bewusst umzugehen.

Erklärtes Ziel von Dr. Bernd Uwe
Althaus, Direktor des ThILLM,
und Harald Stauch, TLfD, ist
es, den Schülern zu helfen, die
Chancen der modernen Medi-
en für sich zu nutzen, aber da-
mit verbundene Risiken recht-
zeitig zu erkennen und ihnen
zu begegnen.

Daher haben ThILLM und TLfD
am 13. Mai 2009 zunächst für
die Dauer von zwei Jahren eine
Vereinbarung getroffen, ge-
meinsam den festgestellten
Defiziten entgegen zu wirken,
u. a. mit der speziellen Fortbil-
dung von Lehrer-Multiplika-
toren und der Neugestaltung
eines Medienkunde-Moduls
einschließlich entsprechender
Begleitmaterialien. Vorstellbar
sind darüber hinaus z. B. Lehr-
videos oder themenspezifische
Flyer. Zuvor werden die Schüler
mit ihren eigenen Vorstel-
lungen und Anregungen ein-
gebunden.



Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Recht und Freiheit

60 Jahre Grundgesetz -
20 Jahre friedliche Revolution



Für einen Kongress (siehe letz-
ter LT-Kurier) gelang es, als
Hauptredner den Präsidenten
des Bundesverfassungsgerichts
Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Pa-
pier zu gewinnen. Dieser ging
in seiner viel beachteten Rede
auf die Diskussion ein, ob die
DDR ein Unrechtsstaat gewe-
sen ist. Hierzu einige Passagen
aus der Rede:

„Politisch Andersdenkende oder
Ausreisewillige wurden über-
wacht, abgeschreckt oder
ausgeschaltet. Wer sich als
Regimegegner oder auch nur
als Umweltschützer oder Aus-
reisewilliger ‚geoutet‘ hatte,
hatte Repressalien verschie-
denster Art zu fürchten. Der
Zugang zu höheren Schulen
oder zur Universität blieb ver-
sperrt, am Arbeitsplatz wur-
de in Szene gesetzt, was man
heute als Mobbing bezeichnet,
Gerüchte über außereheliche
Liebesbeziehungen wurden
gestreut oder es erfolgten
Einberufungen zur Nationalen
Volksarmee, um Kritiker aus
dem Verkehr zu ziehen. In-
nen allen, meine Damen und
Herren, stehen solche und ähn-
liche Beispiele vor Augen, nicht
wenige von Ihnen waren selbst
betroffen, und viele haben von
den Hintergründen und Draht-
ziehern erst Jahre später erfah-
ren. Mittlerweile weiß man,
dass die Stasi sogar die Unter-
lagen über die Eingaben von
Bürgern der DDR erhielt und
auswertete, jener Eingaben,
die von manchen als eines der
angeblich rechtsstaatlichen
Elemente der DDR hochgehal-
ten werden. Die DDR war nach
allen denkbaren Definitionen
kein Rechtsstaat, sondern ein
Unrechtsstaat.“

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Bevorstehende Europawahl war Thema im Landtag

Am 8. Mai 2009 stand die Regierungserklärung von Dr. Klaus Zeh (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, im Zeichen der Europawahl am 7. Juni 2009. Zeh betonte die Bedeutung der europäischen Integration für Deutschland und Thüringen und forderte die Bürger auf, sich mit ihrer Stimme zu beteiligen. „Dank der Unterstützung der EU hat sich Thüringen in den letzten zwanzig Jahren zu einem modernen und leistungsfähigen Land entwickeln können,“ so der Minister. „Die europäische

Einigung hat uns Frieden und Wohlstand in nie gekannter Form gebracht und sichert so auch unsere Freiheit.“

In der anschließenden Plenardebatte kritisierte Jörg Kubitzki (DIE LINKE), die Regierungserklärung sei „ohne Emotion, ohne Vision, ohne Ziele. Sie ist eine buchhalterische Aufzählung und nicht einmal der Versuch, die Bedeutung und Perspektive einer europäischen Einigung den Bürgern nahe zu bringen.“ Uwe Höhn (SPD) griff die Europa-Politik der LINKEN an: „Sie haben wieder einmal

mit Ihrer Rede unter Beweis gestellt, dass Ihre Partei Europa nicht vertreten kann.“ Die Ablehnung des Lissabonner Vertrages zöge eine Abschtung gerade in sozialer Hinsicht nach sich, so Höhn. Von der Landesregierung erwarte die SPD Antworten zur Behebung des Kommunikationsproblems in Bezug auf Europa. Der CDU-Abgeordnete Gustav Bergemann begrüßte die „historische Regierungserklärung zur Europapolitik“ und betonte abermals die Bedeutung des Lissabonner Vertrags.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

auch in diesem Monat informiert Sie der aktuelle Landtagskurier über besonders interessante Debatten des vergangenen Plenums. Erneut standen viele Punkte auf der Tagesordnung, die kontrovers diskutiert wurden, so eine europapolitische Regierungserklärung und das Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum Kommunalabgabengesetz, worüber wir auf Seite 1 berichteten. Außerdem informieren wir Sie über die im April übergebenen Abschlussberichte des Petitionsausschusses sowie der Enquetekommission, die sich mit der Modernisierung der Verwaltungsstrukturen im Freistaat befasste. Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre!

Dagmar Schipanski

Debatte zum Kommunalabgabengesetz

Auf Antrag der SPD-Fraktion fand in der Plenarsitzung am 7. Mai 2009 eine Aktuelle Stunde zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zum Thüringer Kommunalabgabengesetz statt. Anlass war das Urteil des höchsten Thüringer Gerichts am 23. April 2009, welches das neue Kommunalabgabenrecht teilweise für verfassungswidrig erklärt hatte. Demnach stellte die Landesgesetzgebung zwar nicht bei den Wasserbeiträgen, aber im Abwasserbereich einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. Der Verfassungsgerichtshof beauf-

tragte in seinem Urteil die Landesregierung, eine Neuregelung herbeizuführen.

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Verabschiedung eines Kommunalabgabenübergangsgesetzes wurde abgelehnt. Die CDU-Abgeordnete Carola Stauche legte dar, dass die Forderung der LINKEN, die Abwasserbeiträge komplett abzuschaffen, finanziell nicht zu verwirklichen sei. Innenminister Manfred Scherer (CDU) verwies darauf, dass „der Verfassungsgerichtshof mit seinem Urteil keine Übergangsregelung, sondern eine Neuregelung“ wolle. „Der Verfassungsgerichtshof

hat festgestellt, dass Privilegierungen im Abwasserbereich unzulässig sind, weil sie zu Einnahmelücken in den Gemeinden führen. Diese Lücken schließen wir mit dem Gesetzentwurf,“ entgegnete Frank Kuschel (DIE LINKE). Heike Taubert (SPD) begrüßte die juristische Klärung durch das Verfassungsgericht, sprach sich jedoch ebenfalls gegen den Gesetzentwurf der LINKEN aus. Sie machte deutlich, dass das Urteil die Privilegierungen im Abwasserbereich bestätige. Problematisch sei nur der damit verbundene schwerwiegende Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Petitionsausschuss

Am 22. April 2009 übergab der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Wolfgang Wehner (CDU), den Jahresbericht 2008 an Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski. Der Jahresbericht gibt Auskunft über die Zahl und den Inhalt der bearbeiteten Petitionen sowie über die Entscheidungen des Ausschusses. Zudem werden in anonymisierter Form zahlreiche Bürgeranliegen dargestellt.

Der Ausschuss konnte mehr als drei Viertel der Entscheidungen im Interesse der Petenten treffen, indem er im

Sinne der Petition entschied, durch Information aufklärte oder die Petition an zuständige Stellen weiterleitete. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 1.703 Petitionen bearbeitet, 955 wurden vom Ausschuss abschließend behandelt. Auch im vergangenen Jahr machten die Bürgerinnen und Bürger Thüringens regen Gebrauch von ihrem Petitionsrecht. Die meisten Petitionen betrafen den Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit, gefolgt von der Rechtspflege sowie kommunalen Angelegenheiten.

Enquetekommission

In ihrer letzten Sitzung am 29. April 2009 verabschiedete die 2005 konstituierte Enquetekommission, „Zukunftsfähige Verwaltungen-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen in Thüringen und Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen“ ihren Abschlussbericht. Die Kommission, bestehend aus jeweils elf parlamentarischen und elf sachverständigen Mitgliedern, befasste sich mit den Folgen des demographischen Wandels für Thüringen und den sich daraus ergebenden Reformnotwendigkeiten. Im Abschlussbericht

sprach sich die Kommission gegen eine Kreisgebietsreform aus und plädierte für einen dreistufigen Verwaltungsaufbau und damit für den Erhalt des Landesverwaltungsamtes. Der Vorsitzende Christian Carius (CDU) zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis. Hingegen kritisierte Ralf Hauboldt (DIE LINKE), dass die Enquetekommission ihre Ziele nicht erreichen hätte. Die Einführung von Electronic Government zur Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung fand indes die Zustimmung aller Beteiligten.

Ausstellung thematisierte Flucht und Vertreibung in Europa

„Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ lautet der Titel einer Wanderausstellung des Bundes der Vertriebenen und des Zentrums gegen Vertreibung, die bis vor wenigen Tagen im Thüringer Landtag zu sehen war.

„Mehr als 30 Völker Europas haben im 20. Jahrhundert als Ganzes oder in Teilen ihre Heimat verloren“, sagte Prof. Dagmar Schipanski in Ihrer Eröffnungsrede. „Die Ausstellung macht deutlich, dass das Recht auf Heimat ein wichtiges Menschenrecht darstellt“, so die Landtagspräsidentin weiter.



Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach, MdB (r.) ließ es sich nicht nehmen, die viel beachtete Dokumentation selbst im Foyer des Landtags zu eröffnen.

Die Zahl der Opfer von Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts ist hoch. Historiker sprechen von 80 bis 100 Millionen Menschen. Die ausgewählten Fallbeispiele durchmessen den gesamten Kontinent. Sie geben einen Überblick über unterschiedliche Erscheinungsformen von erzwungener Migration und verdeutlichen, dass Vertreibungen im 20. Jahrhundert ein gesamteuropäisches Phänomen darstellten.

Informationen zur Ausstellung finden Sie unter: www.z-g-v.de

Thüringer Landtag würdigt 90. Bauhaus-Jubiläum mit Wanderausstellung

Mit einer Wanderausstellung im Landtag führte das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie im Mai zu den Anfängen des Neuen Bauens in Thüringen zurück. Das Parlament würdigte damit das 90. Jubiläum

des Bauhauses in Thüringen. „Ohne Zweifel ist das Bauhaus längst weltweit zu einem Synonym für Fortschritt und moderne Lebensart geworden. Das Bauhaus gilt heute als weltumspannende Schule des Sehens und Erlebens“, so die

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Dr. Birgit Klauert, zur Eröffnung der Ausstellung im Foyer des Landtags. Mit der Ausstellung „Bauen nach dem Bauhaus“ hat das Landesamt für Architektur und Denkmalpflege erstmals eine

flächendeckende Zusammenschau einmaliger Zeugnisse der Baukunst des „Neuen Bauens“ erstellt. Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der im Buchhandel erhältlich ist. ISBN: 978-3-937940-57-1

CDU

1000 neue Stellen für Erzieherinnen und doppeltes Thüringer Erziehungsgeld

1000 neue Stellen für Erzieherinnen, eine Kraft für fünf Kleinkinder und für acht größere Kita-Kinder, zwei Jahre Thüringer Erziehungsgeld und der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nach dem ersten Geburtstag: Das sind Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Familienoffensive. Bereits vom 1. August an erhalten die Kommunen mehr Geld für die Kinderbetreuung. Die Landeszuschüsse werden bis 2013 um ein Drittel steigen. Im Herbst 2009 soll das Familienförderungsgesetz fortgeschrieben werden.

Michael Panse, Sozialpolitiker der CDU-Landtagsfraktion, begrüßte das familienpolitische Paket. „Thüringen baut damit seinen Spitzenplatz in Sachen Familienpolitik aus“, so wörtlich. Die hohen Besuchsquoten und Ganztagsquoten in den Kitas zeigen für ihn, dass die Einrichtungen anerkannt sind, jetzt würden sie noch besser. Investitionen in die Quali-

tät der Kitas und die finanzielle Unterstützung der Familien sind für Panse „zwei Seiten einer Medaille“. Das gerade angelaufene Volksbegehren zur Familienpolitik will nach seinen Worten die Familien für andere Betreuungsschlüssel zahlen lassen. „Wir bieten den Eltern eine klare Alternative an: Mit uns gibt es 1000 zusätzliche Stellen und



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
 Pressestelle
 Tel.: 0361 37 72206
 Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

doppeltes Erziehungsgeld, das Volksbegehren will angeblich 2000 Stellen und das Erziehungsgeld streichen.“ Die CDU baue das Erziehungsgeld aus, weil es eine wichtige Aufgabe hat: „Familien, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, haben oft erst dadurch die Möglichkeit, ihre Kleinkinder ein, zwei Jahre länger zu Hause zu erziehen. Diese Wahlfreiheit darf kein Privileg für Bessergestellte sein“, sagte Panse abschließend.

Landesstrategie gegen Rechtsextremismus wirksam

Die Landesregierung geht mit einer jetzt vorgestellten Landesstrategie erfolgreich gegen Rechtsextremismus in Thüringen vor. Das hat die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Evelin Groß, erklärt. Für ein zusätzliches, von den LINKEN und der SPD gemeinsam vorgelegtes „Land-

desprogramm gegen Rechtsextremismus“ sieht sie keinen Bedarf. Die Landesregierung hat ihre Strategie im jüngsten Bericht zur „Initiative für Demokratie und Toleranz“ vorgestellt, die der Landtag bereits 2006 beschlossen hat. Prävention und Repression stehen laut

Groß in einem ausgewogenen Verhältnis. Beeindruckend sei die große Zahl problemnaher Projekte, mit denen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für demokratische Verhaltensweisen und Einstellungen gewonnen und gegen extremistische Verführer immunisiert werden sollen.

Den nach Angaben des Thüringer Generalstaatsanwalts deutlichen Rückgang der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten um 10,2 % gegenüber dem Vorjahr wertete Groß als Beleg dafür, dass die konsequente Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Früchte trägt.

Nur DIE LINKE hat sich bisher klar ausgesprochen

„Thüringen hat das niedrigste Lohnniveau, aber die höchsten Kommunalabgaben“, und nur DIE LINKE habe sich bisher klar für die Abschaffung von Zwangsbeiträgen ausgesprochen, so Peter Hammen, Vorsit-



zender der Bürgerallianz Thüringen, vor den Demonstranten, die am 7. Mai aus allen Teilen des Freistaats zum Landtag in Erfurt gezogen waren. Nachdem Innenminister Manfred Scherer mit Verweis auf das jüngste Ur-

teil des Thüringer Verfassungsgerichts erklärt hatte, dass eine Abschaffung der Beiträge nicht möglich sei – er erntete Pfiffe und Buh-Rufe –, forderte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der LINKEN, eine öffentliche Diskussion zu den Kommunalabgaben. Außerdem sei es letztlich Aufgabe der Politik und der Abgeordneten, die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Peter Sodann: Höchste Priorität für Bildung und Kultur

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ Peter Sodann, der von der LINKEN vorgeschlagene Kandidat zur Bundespräsidentenwahl am 23. Mai, als er sich kürzlich in der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE – und anschließend auch bei der SPD

– vorstellte. Seine 72 Jahre locker Vergessen machend kommentierte er eigene und aktuelle Geschichte(n) ironisch oder ernst, nachdenklich allemal. Seit den Kindertagen seines Daseins wollte er „die Welt verändern“, so der als Kabarettist, Schauspieler, Regisseur, Intendant und jetzt auch mit seinem Buch „Keine halben Sachen“ bekannte „betende Kommunist“, wie er sich selbst bezeichnet. Bildung und Kultur würde er im

Staat höchste Priorität verleihen. Peter Sodann, 1961 als Leiter des Leipziger Studentenkabarets „Rat der Spötter“ wegen eines als „konterrevolutionär“ eingestuften Programms zu zwei Jahren Haft verurteilt und neun Monate inhaftiert, nannte es eine „schöne Genugtuung“, dass er nicht nur den Tatort-Kommisar, sondern „auch Herrn Mielke“ gespielt habe. „Ich habe den gespielt, der mich abgeholt hat, den, der mich vernommen hat und das Oberhaupt – alle drei Rollen waren gut.“



Unterstützung für Familienvolksbegehren

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützt das Anliegen des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen. „Längst ist bekannt, dass mindestens 2.000 Erzieherinnen und Erzieher in Thüringer Kindertagesstätten fehlen. Es muss umgehend für eine angemessene Personalbesetzung in den Kitas gesorgt werden, um Bildung und Betreuung auf hohem Niveau zu garantieren“, sagte der Fraktionsvorsitzende Dieter Hausold. Die von der CDU-Landesregierung in Aussicht gestellten Nachbesserungen seien kaum mehr als „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Mit 20 Euro pro ein- und zweijährigem Kind könnten die Kommunen in diesem Jahr höchstens 270 Erzieherinnen einstellen.

Thüringen soll zum guten Platz für Familien werden

SPD-Fraktion will für arme Familien kostenlose Mahlzeit in Schulen und Kindergärten

SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie unterstützt die Forderungen der Thüringer Landeselternvertretung nach kostenlosem Schulessen für einkommensschwache Familien sowie für bessere Bildungsbedingungen an Thüringens Schulen. „Konkrete Hilfen gegen Kinderarmut stehen auf unserer politischen Agenda an vorderster Stelle: Eine warme Mahlzeit für jedes Schulkind und die Verpflegung im Kinder-



Die SPD-Fraktion mahnt seit langem bessere Bedingungen für Familien im Freistaat an. Deshalb unterstützte sie von Anfang an das Volksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik“ in Thüringen, das am 1. Mai einen Neustart unternahm. Zu den ersten Unterzeichnern gehörten neben SPD-Fraktionsvorsitzendem Christoph Matschie Astrid Rothe-Beinlich von den Grünen und SPD-Familienpolitikerin Birgit Pelke (von links).

garten müssen – in einem ersten Schritt für arme Familien – von Land und Kommunen finanziert werden.“ Matschie spricht sich darüber hinaus erneut für längeres gemeinsames Lernen an Thüringens Schulen aus. Die Thüringer Gemeinschaftsschule soll als neues Schulmodell künftig gemeinsames Lernen bis Klassenstufe 8 ermöglichen. Schüler sollen

stärker individuell gefördert werden – in einem nach Leistungsniveau differenzierten Unterricht. Schließlich gingen bei PISA erfolgreiche Staaten diesen Weg bereits. Sie fördern Schüler konsequent in ihren Stärken und leisteten Hilfe, Schwächen zu überwinden. „Wir wollen, dass Thüringen Bildungsland Nummer 1 wird – mit modernen Schulen und Kindergärten, um den jungen Menschen gute Startchancen fürs Leben zu geben.“

SPD-Fraktion fordert Sonderplenarium und Debatte über Nachtragshaushalt

„Wir müssen in der Krise Handlungsfähigkeit beweisen. Deshalb brauchen wir Klarheit bei der Situation der Staatsfinanzen und Sicherheit für die Thüringer Kommunen“, begründet Christoph Matschie eine neue parlamentarische Initiative. Die SPD-Fraktion

drängt auf eine Sondersitzung des Thüringer Landtages. Spätestens Ende Mai soll die Beratung der Steuerprognose für Thüringen und die Forderung nach einem Nachtragshaushalt auf die Tagesordnung. Neben dem Bericht der Landesregierung zur Prognose der

drohenden Steuerausfälle im Landshaushalt erwartet die SPD-Fraktion von der Landesregierung auch einen Bericht zur Finanzsituation der Kreise, Städte und Gemeinden. „Die Thüringer Kommunen brauchen Planungssicherheit. Vor Ort entscheidet sich der Erfolg

des anlaufenden Konjunkturprogramms der Bundesregierung. Da darf jetzt kein Sand ins Getriebe kommen“, so Matschie. Er bezieht sich dabei auf die Kritik des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes an fehlender Finanzausstattung der Thüringer Kommunen.